I4

Initiativantrag

Initiator*innen: Kreisvorstand (KreVo) (dort beschlossen am: 10.06.2026)

Titel: **GP: Mobilität**

Antragstext

Das KSP möge beschließen, den Abschnitt "Mobilität" mit folgenden Inhalten zum Grundsatzprogramm hinzuzufügen:

Im Mittelpunkt der Verkehrspolitik sollte die gezielte Förderung des öffentlichen Nahverkehrs sowie der konsequente Ausbau des ländlichen ÖPNV stehen. Lange Zeit wurde davon ausgegangen, dass Mobilität vor allem über den motorisierten Individualverkehr funktioniert. Gerade für Schülerinnen und Schüler entspricht das jedoch häufig nicht der Realität.

Für Jugendliche ergeben sich bei der eigenständigen Mobilität meist zwei zentrale Möglichkeiten: Für längere Strecken die Nutzung von Bahn oder Busverbindungen beziehungsweise Ersatzverkehren, für kürzere Wege vor Ort der Bus oder das Fahrrad. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, den planerischen Schwerpunkt deutlich stärker auf den Ausbau eines zuverlässigen, eng getakteten und flächendeckenden ÖPNV-Netzes sowie auf sichere und gut ausgebaute Radwege zu legen.

Im Umfeld von Schulen sollen Straßen konsequent verkehrsberuhigt werden, insbesondere durch die Einrichtung und Durchsetzung von Tempo-30-Zonen. Ziel ist eine deutliche Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Beteiligten im Schulumfeld, insbesondere für Kinder und Jugendliche, die zu den besonders gefährdeten Verkehrsteilnehmenden zählen. Der Schulweg darf nicht durch unnötige Gefährdungen, insbesondere durch den Autoverkehr, beeinträchtigt werden.

Darüber hinaus sollte die Verkehrssicherheitsbildung für Radfahrende auch über das Grundschulalter hinaus systematisch ausgebaut werden, um sicheres Verhalten im Straßenverkehr zu fördern und Konflikte zwischen verschiedenen

Verkehrsteilnehmenden zu reduzieren.

Ergänzend sind an allen Schulen ausreichend Fahrradstellplätze bereitzustellen. Zusätzlich sollte ein flächendeckendes Netz an Fahrrad-Reparaturstationen aufgebaut werden. Jede Schule sollte mindestens über eine eigene Reparaturmöglichkeit sowie über ein Angebot zum Verleih von Fahrradschlössern verfügen.

Alle Schulen benötigen eine gute und direkte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Die Taktung der Busverbindungen sollte dabei stärker an die Schulzeiten und Stundenplanstrukturen angepasst werden, um eine verlässliche Erreichbarkeit zu gewährleisten.

Das Deutschlandticket sollte allen Schülerinnen und Schülern kostenfrei zur Verfügung gestellt werden, um soziale Teilhabe und Chancengleichheit unabhängig vom Wohnort sicherzustellen. Ebenfalls sollten Azubis und Studierende auch ein kostenfreies Deutschlandticket erhalten.

Begründung

Erfolgt mündlich.